



Foto: DPA

BUNDESKANZLER DR. ADENAUER

VERKÜNDET DEN BUNDESJUGENDPLAN

Die Saalordner im Bonner Bundeshaus öffneten an diesem Tage die Türen zum Plenarsaal nicht nur vor Ministern, hohen Beamten und Abgeordneten. Durch die Pforten, die bei den normalen Sitzungen für die Abstimmenden getrennt nach „Ja“ und „Nein“ oder „Enthalten“ bezeichnet sind, strömten Mädchen und Jungen. Vertreter der deutschen Jugend aus allen Teilen der Bundesrepublik. Erstaunt und ein wenig befangen schoben sie sich durch die schmalen Gänge im weiten Halbrund des Parlamentssaales. Neugierig tastete hier und da ein Blick über die Namensschilder der Abgeordneten und die Fraktionsbezeichnung. Bevor man in den grün gepolsterten Ledersesseln hinter schwarzen Pulten Platz nahm, wollte man zumindest wissen, wie der Volksvertreter heißt, der von dieser Stelle aus Zehntausenden von Wahlberechtigten im Lande verantwortlich ist. Bei prominenten Namen gab es natürlich ein bißchen Gedränge.

Auf der Regierungsbank neben Präsidium und Rednerpult saßen einmal keine Bundesminister und Staatssekretäre, sondern ebenfalls Jugendliche aller Altersstufen, Konfessionen und Weltanschauungen. Statt der prall gefüllten Aktentaschen sah man Blumen. Unten aber, in den ersten Reihen, hatten sich der Bundespräsident, der Kanzler, die Minister und die zahlreichen Ehrengäste eingefunden.

Während Dr. Adenauer Sinn und Ziel des Bundesjugendplanes verkündete, wird mancher seiner Zuhörer an jene Stunde zurückgedacht haben, als die vor eineinhalb Jahren gewählte Bundesregierung ihr Programm entwickelte. Damals war der deutschen Jugend eine Reihe von Sofortmaßnahmen sozialer Art versprochen worden. Es hat lange gedauert, bis jetzt endlich — nach 16 Monaten — das Versprechen der ersten Regierungserklärung wenigstens teilweise eingelöst wurde. Wir können aber dem Bundeskanzler nicht zustimmen, wenn er in seiner Bonner Rede das Vorhandensein von skeptischen und kritischen Stimmen zum Bundesjugendplan tadelnswert fand. Hier müssen wir dem Bundespräsidenten Prof. Heuss beipflichten, der das Recht der Jugend zur Kritik als ein demokratisches bezeichnete. Mit Berechtigung hat Josef Rommerskirchen darauf hingewiesen, daß die Jugend die innere Verpflichtung verspürt, sich mit dem auseinanderzusetzen, was der Staat ihr überantwortet und was durch ihre Mitarbeit erst volle Wirklichkeit werden soll.

Was ist und was soll nun der von der Bundesregierung proklamierte Jugendplan? Der Bundesfinanzminister erklärte sich kurz vor Ablauf des vergangenen Jahres bereit,

53 Millionen DM für die Durchführung jugendfördernder Maßnahmen aus seinen Etatsmitteln zur Verfügung zu stellen. Ein 18köpfiges Kuratorium soll diese Gelder verwalten und die Durchführung des Programms überwachen. Ihm gehört u. a. auch als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Kollege Willi Ginholt an.

In mehreren Sitzungen sind die ersten Richtlinien vorgezeichnet worden. Im Vordergrund stehen der internationale Jugendaustausch, die Förderung von Jugendzeitschriften, die Grenzlandjugendarbeit und das Heranbilden von geeigneten Jugendleitern. Die Gewerkschaftsjugend hat in den vergangenen Monaten immer wieder die Forderung erhoben, daß genügend Geldmittel aus dem öffentlichen Haushalt zum Bau von Jugendwohnheimen und Lehrlingswerkstätten bereitgestellt werden müssen. Diesem Verlangen ist nunmehr teilweise Rechnung getragen worden. Die Einrichtung kurzer Lehrgänge zur Fortbildung im Berufsleben und die Schaffung von gemeinnützigen Lehrwerkstätten in genossenschaftlichen Betrieben sind weitere Maßnahmen im Rahmen des Jugendplanes. Das besonders in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern bereits eingeführte Jugendgemeinschaftswerk soll aus Bundesmitteln nun dann weitergefördert werden, wenn die zuständigen Arbeitsämter sich nicht in der Lage sehen, Jugendliche in Lehr- oder Arbeitsplätze einzuweisen. Damit ist diese Einrichtung hinreichend als eine Notlösung charakterisiert worden. Es wird darauf ankommen, daß die organisierte Jugend als berufener Sprecher der deutschen Jugendinteressen den Ländern, denen die Durchführung des Jugendplanes obliegen wird, aus eigener Initiative helfend zur Seite steht. Sie wird sich vor allem ihrer Kontrollfunktionen und ihres Mitspracherechtes bei der Vergabe von Industriekrediten zum Zwecke der Berufsausbildung nicht berauben lassen dürfen, wenn nicht profitsüchtige Arbeitgeber dem Einsatz der billigen jugendlichen Arbeitskraft vor einer guten Berufsausbildung den Vorrang geben sollen. Praktisch wird sich der Bundesjugendplan erst in mehreren Monaten auswirken können. Es bleibt zu hoffen, daß diese erste Hilfe der Bundesregierung nicht eine einmalige Maßnahme sein wird. Die Sorge um die Zukunft der Jugend gehört auch hinsichtlich der finanziellen Seite zu den vornehmsten Pflichten des Staates und der Gesellschaft. Es ist ferner zu hoffen, daß nach der Ankündigung einer baldigen Einbringung des Jugendwohlfahrtsgesetzes eine Reihe weiterer Gesetzeswerke schnellstens in Angriff genommen wird.

LESER SCHREIBEN:

Nanu, ne neue Zeitung . . . ?

Mensch, stell Dir vor, ich sitze da im Abteil — Du weißt ja, ich fahre jeden Tag mit der Bundesbahn, um zu meiner Arbeitsstätte zu gelangen — sitze mir gegenüber ein junges Mädchen und schaut mit glänzenden Augen und wichtiger Miene in eine grün schillernde Illustrierte. Da ich ja, um pünktlich zur Arbeitsstelle zu kommen, den Frühzug benutze, der auch wider Erwarten verhältnismäßig gut beleuchtet ist, erlaube ich mir, auf der Bahnstrecke einen Blick in die von dem jungen Mädchen — ich nehme, nach ihren Händen zu urteilen, an, daß es eine Textilarbeiterin ist — gehaltene Illustrierte zu werfen. Meine Neugierde wird aber ganz unerwartet befriedigt, denn der von ihr gelesene Artikel scheint zu Ende zu sein, sie blättert um, und ich sehe die Titelseite und stelle zu meinem größten Erstaunen fest, daß es sich um unsere, mir als Gewerkschafter und Jugendfunktionär gut bekannte Jugendzeitschrift „Aufwärts“ handelt. Sollte endlich dem Wunsche so vieler Jugendleiter, Jugendfunktionäre und junger Gewerkschafter Rechnung getragen worden sein, daß man nicht nur in Kupfertiefdruck — durch den uns unser „Aufwärts“ seit drei Jahren bekannt ist —, sondern auch in anderer Art unsere Zeitung liefert?

Auf der Arbeitsstelle angekommen, ist mein erster Weg zum Jugendleiter. Auch dort liegt schon der Stapel der neu angelieferten Jugendzeitschriften. Bis zur Frühstückspause habe ich noch sehr lange Zeit, also wird auf dem Wege zur Waschkabine noch schnell ein Blick in das Innere des Blattes geworfen. Schon nach oberflächlicher Durchsicht kann ich feststellen, daß neben der neuen Farbe auch die Artikel durch eine ansprechende und wesentlich neue Form unsere Jugendzeitschrift „Aufwärts“ auszeichnen. Meine erste bange Ahnung während der Bahnfahrt ist somit geschwunden. Es handelt sich also nicht um ein neues „Käseblättchen“.

B. S.

„Im Dunkeln erwischt“

Es war dringend nötig, diese Reportage um die — nennen wir es doch beim richtigen Namen — „unorganisierte Jugend“ zu starten. Aber könnten diese Mißstände nicht durch die Jugend selbst beseitigt werden? Ich glaube als Jugendfunktionär behaupten zu können, daß sich die Jugendlichen, die einer Jugendorganisation angehören, in ihrer Mehrheit nicht auf der Straße umhertreiben. Selbstverständlich werden sie nur einen Abend in der Woche von der Straße ferngehalten, aber durch das Verantwortungsbewußtsein des Jugendleiters und durch seine pädagogischen Fähigkeiten kann sehr viel auf das Selbstbewußtsein des einzelnen Jugendlichen eingewirkt werden.

Der Gruppenleiter arbeitete bisher nur mit denen, die zu ihm in die Gruppe kamen. Und die anderen, die fernbleiben? Sollen wir warten, bis sie kommen, oder sollen wir zu ihnen gehen? Warum sollten wir als Jugendleiter nicht auch einmal zum Tanzboden gehen, uns vor das Kino oder uns an dunkle Straßenecken stellen, um die Jugendlichen dort anzusprechen? Seht euch die Leute der Heilsarmee an! Sind wir nicht auch Missionare für das Gute im aufwachsenden Menschen? Ich betrachte diese Zeilen als eine zu diskutierende praktische Lösung, mit der wir den Gesetzentwurf des Bundestages entkräften können. Was die Schule und das Elternhaus versäumen, müssen wir den Jungen und Mädchen in einer jungen Gemeinschaft bieten. Es werden viele Worte um die Jugend geredet, fangen wir mit der Tat an! Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Helmut Koch, Köln.

Verbote und Polizei-Einsatz keine Hilfe

Tatsächlich ist ein Unterschied zwischen „Umhertreiben“ und „Spaziergehen“ nur schwer zu machen. Es liegt in der Entwicklung der Jugend überhaupt, zum Teil als Folgeerscheinung des letzten Krieges, daß der einzelne eher reif ist und sich früher als vor zwanzig Jahren „selbständig“ fühlt.

Mit einem Gesetz, das derart vage Begriffsbestimmungen enthält, ist wirklich nicht zu helfen! Zu helfen ist überhaupt nicht durch Verbote und verstärkten Einsatz der Polizei, sondern nur dadurch, daß die Jugendlichen von der Straße weggeholt werden; die Zeit, die sie dort vertun, wäre bei anderen Gelegenheiten nutzbringender, für sie selbst wie für die Allgemeinheit, angewandt. Man stelle den Halberwachsenen Klubs zur Verfügung. Anregungen müssen gegeben werden, die mehr interessieren und reizen, als auf der Straße herumzulungern. Die Jugendgruppen der Gewerkschaften sind ein guter Weg dahin.

Skrupellose „Arbeit“-„geber“ sind für die Ausbeutung der Jugendlichen zu bestrafen! Unfug und üble Streiche, allgemeine Belästigungen durch Jugendliche, denen wohl von ihren Erziehungsberechtigten ein schlechtes Beispiel gegeben wurde, müssen ebenfalls gerügt werden; aber ja keine Erziehung durch harte Strafe! Die Gefängnisse sind Verbrecherschulen! Man muß den Zerstörer zur Wiedergutmachung anhalten: z. B. so lange durch kleine Dienstleistungen Trinkgelder zu verdienen, bis der angerichtete Schaden ausgeglichen ist.

Herbert Drees, Krefeld.